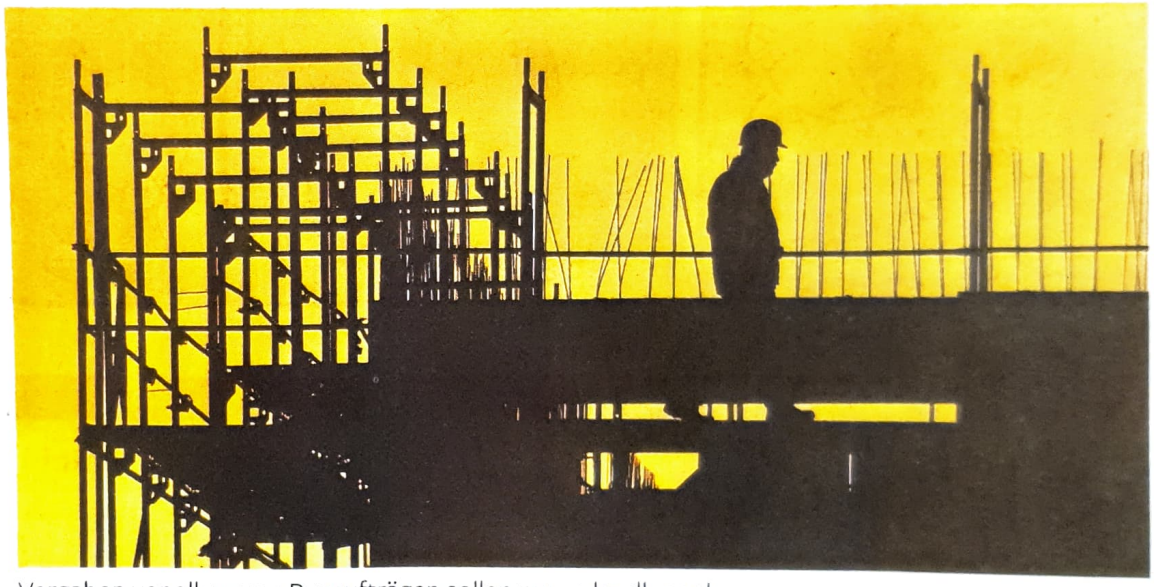
Künftig kurzer Prozess für Delmenhorster Bauaufträge

Sorge um Demokratie im Rat der Stadt, aber auch Kritik

Kai Hasse



Vergaben vor allem von Bauaufträgen sollen nun schneller gehen. Symbolfoto: dpa-Bildfunk

Vergaben von Bauaufträgen an Unternehmen sollen künftig nicht mehr durch Fachpolitiker mit beraten werden. Das hat der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung am Mittwochabend entschieden. Das Thema wurde kontrovers diskutiert – manche Politiker sehen in dem Schritt ein Demokratiedefizit.

Dass es nicht um weniger Transparenz bei den Entscheidungen darüber, wer für die Stadt bauen darf, ging, und nicht um den Vorschub von Korruption, und nicht darum, Politikern ihr Mitbestimmungsrecht zu entziehen, das machte Oberbürgermeisterin Petra Gerlach sehr früh deutlich. „Mir geht es um Tempo", sagte sie mit Verve. Die bisher nötigen Beratungen darüber, welche Firmen für die Stadt die Gebäude bauen, würden immer wieder dazu führen, dass man beim Abwickeln von Vorhaben auch Ausschusssitzungen und deren Taktungen achten müsse, was viel Zeit kostet. Beraten würden Bauvergaben laut dem Plan der Verwaltung künftig lediglich noch im – nicht öffentlich tagenden – Verwaltungsausschuss aus Spitzen der Verwaltung und der Fraktionen.

Tatsächlich sei die Mitgestaltung der Politik bei Vergaben eingeschränkt: Das Gesetz erlaube im Prinzip sowieso nur, dass der billigste Anbieter einer Bauleistung gewählt wird – oder eben gar keiner. Gerlach und weitere Politiker bestätigten sich in diesem Punkt. Es gab aber auch Kritik: Hartmut Rosch (Linke) bemerkte, dass die Verbesserung womöglich nicht zu groß sei, „wenn man bedenkt, wie lange manche Anträge in der Verwaltung schlummern", und Claus Hübscher betonte, dass zwar jedes Ratsmitglied bei dem mit der Änderung maßgebenden Verwaltungsausschuss teilnehmen könne, aber bis auf Ausnahmen nicht reden oder etwas beantragen könne. „Ein etwas defizitäres Demokratieverständnis" gebe es da.

Ein Machtwort gab es von Heinrich-Karl Albers. Der Christdemokrat hatte da „so langsam die Faxen dicke." Und weiter: „Merkt Ihr eigentlich noch, wie sehr ihr bei den städtischen Mitarbeitern die Motivation schürt, sich krank zu melden? Merkt ihr es noch?" Letztlich deckten die Parteien aber der Verwaltung und Petra Gerlach den Rücken: Mit wenigen Gegenstimmen wurde der Plan der Verwaltung angenommen.

Anzeige